

Brasiliens Wirtschaft

Der schleichende Abstieg eines einstigen Musterknaben

Alexander Busch, São Paulo

1. April 2014,



Über Petrobras ziehen im Heimatmarkt Brasilien Wolken auf. Im Bild Vorsitzende von Petrobras Maria das Graças Foster. (Bild: Reuters)

Brasiliens Präsidentin Dilma Rousseff hat das Vertrauen der Wirtschaft verspielt. Wird sie nach ihrer wahrscheinlichen Wiederwahl die dringend notwendigen Reformen vornehmen?

Dilma Rousseff mag es nicht, wenn sie auf Flügen in Turbulenzen gerät. Die brasilianische Präsidentin kontrolliert deshalb vor jedem Flug mit der Präsidentenmaschine persönlich die Wetterprognose auf der Route. Drohen Gewitter, verlangt die Volkswirtin Kursänderungen. Kommt es dennoch zu Turbulenzen, zitiert sie den diensthabenden Brigade-General aus der Kabine des Piloten zu sich und liest ihm die Leviten.

Staatlich kontrollierte Preise

Trotz ihrer eisernen Kontrolle hat sich die ehemalige Guerillera und Energieministerin Rousseff an zunehmende Turbulenzen in der zweiten Hälfte ihrer vierjährigen Präsidentschaft gewöhnen müssen. Doch Luflöcher drohen weniger während des Flugs als vielmehr generell in Politik und Wirtschaft. Erst demonstrierten Mitte vergangenen Jahres Hunderttausende Brasilianer gegen Korruption und staatliche Misswirtschaft. Inzwischen haben die Massenproteste zwar aufgehört, doch die Stimmung bleibt angespannt. Weiterhin gibt es im ganzen Land täglich kleine, oft auch gewalttätige Demonstrationen. Doch inzwischen kommt der meiste Stress aus der Wirtschaft: Das Land wächst mit durchschnittlich 2% pro Jahr kaum

noch seit Rousseffs Amtsantritt 2011. Viel zu wenig für ein Land, das bis vor kurzem noch als eine der für die Weltwirtschaft treibenden Kräfte galt.

Auch die Inflation hält sich hartnäckig bei 6% – und das auch nur, weil die Regierung die staatlichen Preise für Benzin, Transport und Strom kontrolliert. Nach fast zwei Jahrzehnten Geldwertstabilität beginnt eine hohe Inflation wieder den Alltag Brasiliens zu prägen. Wenn in den einfachen Restaurants die Preise auf den Speisekarten überklebt sind, wenn Kioskverkäufer grosszügig zu ihren Ungunsten abrunden, um zu vermeiden, lästige Münzen in Empfang nehmen zu müssen, dann ist offensichtlich: Die Teuerung ist wieder Teil des Alltags.

Auch die Leistungsbilanz färbt sich bedenklich rot. Auf ein Defizit von rund 3,7% des Bruttoinlandprodukts (BIP) hat sie sich inzwischen verschlechtert. Brasilien exportiert immer weniger, aber importiert dafür immer mehr. Daran hat auch die Schwächung des Real gegenüber dem Dollar um rund 20% nicht viel geändert. Brasilianische Rohstoffe werden auf den Weltmärkten weniger nachgefragt, und die Industrieprodukte des Landes haben wegen der hohen Produktionskosten in Brasilien kaum noch Chancen im Ausland.

Über die Gründe für die schwachen Makrodaten der Wirtschaft herrscht in Brasilien keine Einigkeit. Aus Sicht der Regierung sind die instabile Weltkonjunktur und die Unternehmer die Schuldigen. Letztere zögen nicht richtig beim Bemühen mit, die Konjunktur anzukurbeln, lautet der Vorwurf. Vielmehr hält sich die Wirtschaft mit Investitionen zurück. Mit einem Anteil von 18% am BIP sind die Investitionen historisch niedrig.

Die unternehmerische Zuversicht sinkt während der Amtszeit Rousseffs kontinuierlich. Das liegt aus Unternehmersicht vor allem am Chaos, das die Regierung auf dem Energiemarkt verursacht hat. Dort hat sie mit Preiskontrollen, Subventionen und Dekreten keinen Stein mehr auf dem anderen gelassen – mit der Folge, dass einstige Lokomotiven der Industrie wie der Ölkonzern Petrobras oder die unter der Holding Eletrobras versammelten Stromproduzenten nur noch Schatten ihrer selbst sind. Petrobras etwa muss zur Inflationseindämmung importierte Treibstoffe unter Preis verkaufen und erlebt damit einen jährlich wachsenden milliardenschweren Aderlass.

Der Energiekonzern ist jedoch der mit Abstand grösste Investor des Landes, der alleine rund 10% aller Investitionen in der Industrie tätigt. Jetzt muss Petrobras diese zusammenstreichen, und als Folge stehen ganze Zulieferketten vor dem Kollaps. Seit dem Höhepunkt Ende 2009 hat der einstmals wichtigste Blue Chip Lateinamerikas 80% seines Aktienwertes eingebüsst.

Die Stromkonzerne wurden angewiesen, ihre Strompreise um ein Drittel zu senken. Wer nicht mitzog, bekam die Lizenz nicht verlängert. Inzwischen steht Brasilien, wenn es nicht bald kräftig regnet, vor einem Blackout, weil die Reservoirs der Wasserkraftwerke leer sind und zu wenig neue Thermokraftwerke an die Netze gehen.

Auch die nachfragestimulierenden Massnahmen der Regierung verpuffen wirkungslos. Zu Beginn der Amtszeit Rousseffs konnte der anhaltend hohe Konsum der Brasilianer, gefördert durch steigende Mindestlöhne, staatliche Ausgabenprogramme und öffentliche Kredite, die Schwäche in der Industrie und der Exportwirtschaft noch etwas ausgleichen. Doch die Verbraucher sind zu verschuldet, als dass sie weiter mehr Autos, Kühlschränke oder Versicherungen kaufen könnten. Seit zwei Jahren schwindet ihr Vertrauen stetig.

Für die Unternehmer und Investoren liegt deswegen das enttäuschende Abschneiden von Brasiliens Wirtschaft vor allem an der schwachen Wirtschaftspolitik der Regierung. Gerade hat die Rating-Agentur Standard & Poor's (S&P) ihnen recht gegeben. Sie stufte Brasiliens Kreditwürdigkeit herab von «BBB» auf «BBB-». Zuvor war Brasiliens Bonität in den vergangenen elf Jahren kontinuierlich erhöht worden.

S&P zweifelt an Regierung

S&P begründet den Schritt damit, dass die Wirtschafts- wie Fiskalpolitik der Regierung an Glaubwürdigkeit verloren hat. Sie hält die Zusage der Regierung, einen Primärüberschuss im Haushalt in Höhe von 1,9% des BIP im laufenden Jahr zu erreichen, für wenig glaubwürdig. Dazu würde auch das Wachstum mit prognostizierten schwachen 1,8% in diesem und 2% im nächsten Jahr zu niedrig ausfallen, als dass es die Einnahmen garantieren könnte. Zudem sind die Hände der Regierung für Reformen durch den Wahlkampf, der bis Oktober dauert und zunehmend die Politik dominiert, gebunden. Wenig vertrauensbildend ist auch, dass die Regierung die selbstgesetzten Ziele für den Primärüberschuss in den vergangenen drei Jahren immer verfehlt hat: Mit Tricksereien im Budget versuchte sie den Saldo im Haushalt ohne Berücksichtigung der Zinskosten zu beschönigen. Darauf reagieren die Finanzmärkte empfindlich. Das Primärdefizit ist das entscheidende fiskalische Instrument dafür, einen Anstieg der Staatsverschuldung langfristig zu verhindern.

Die Regierung fühlt sich durch die Abmahnung von S&P ungerecht behandelt. Brasilien sei 2013 stärker gewachsen als die Mehrheit der G-20-Länder, erklärte Finanzminister Guido Mantega. Auch die Devisenreserven gehörten zu den fünf grössten unter den zwanzig wichtigsten Volkswirtschaften weltweit. Die ausländischen Direktinvestitionen von 66 Mrd. \$ in den zwölf Monaten bis Februar machten Brasilien zu einem der Länder, die weltweit am meisten Auslandsinvestitionen anzögen.

Die schwachen Reaktionen beim Wechselkurs, bei der Börse und den Zinsfutures auf die Herabstufung durch S&P zeigen, dass Finanzminister Guido Mantega durchaus recht hat, wenn er behauptet, Brasilien stehe im weltweiten Vergleich nicht so schlecht da.

Weiterhin lockt der gigantische Binnenmarkt Unternehmen aus der ganzen Welt mit ihren Investitionen an – Hersteller von Konsumgütern genauso wie Maschinenbauer und Dienstleister. Brasilien ist bei den meisten Konsumgütern einer der wichtigsten Märkte der Welt. Das nach vielen Startschwierigkeiten jetzt anlaufende Investitionsprogramm für die Infrastruktur wird zusätzliche Investitionsanreize und Wachstumsimpulse auch für Investitionsgüter schaffen. Im ganzen Land werden Strassen, Häfen, Flughäfen, Trassen sowie Stromproduktion und -verteilung erneuert und erweitert.

Aktive Schweizer Konzerne

Auch zahlreiche Schweizer Konzerne sind am Start. Alle paar Wochen verkünden sie, dass sie ihre Investitionen in Brasilien ausbauten oder neu in den Markt gingen. Ein Blick auf die Ereignisse der vergangenen zwei Monate zeigt, wie intensiv Schweizer Unternehmen den Standort beackern: So will Novartis in den kommenden fünf Jahren mit einer weiteren Impfstofffabrik den Umsatz in Brasilien von derzeit umgerechnet rund 1,2 Mrd. Fr. verdoppeln.

Die Privatbank Julius Bär hat jüngst ihren Anteil von 30% an ihrer Partnerbank, dem brasilianischen Vermögensverwalter GPS, auf 80% aufgestockt. Zuvor hatte Lindt & Sprüngli

bekanntgegeben, dass der Schokoladenproduzent ein Joint Venture in Brasilien gegründet habe, um Pralinés und Schokoladen erstmals direkt in einem Vertriebsnetz landesweit anbieten zu können. Die Energietochter des Stahlhändlers Duferco sicherte sich Anteile am brasilianischen Stromhändler Matrix. Der Schweizer Fonds Acron hat das Hotel Gloria Palace des gescheiterten Milliardärs Eike Batista erworben. Und der Hersteller von Spezialchemikalien Sika übernimmt den lokalen Konkurrenten Lwart Chemie.

Weitere – auch grosse – Aufkäufe und Fusionen dürften folgen. Nach der Übernahme eines Anteils von 15% am lokalen Versicherer Súl America im vergangenen Jahr halten sich in São Paulo die Gerüchte, dass Swiss Re auch an der Übernahme des Versicherungsgeschäfts der Grossbank Itau interessiert sein könnte. Der Pharmakonzern Roche verkündete gerade, er halte nach Übernahmekandidaten in dem lateinamerikanischen Land Ausschau.

Brasilien ist nach China unter den aufstrebenden Volkswirtschaften weiterhin einer der attraktivsten Standorte für ausländische Konzerne. Doch die Regierung übersieht in ihrer Euphorie über die hohen Direktinvestitionen: Die investierenden Unternehmen produzieren mehrheitlich Produkte oder Dienstleistungen für den lokalen Konsum. Wenige Konzerne bauen auf den Standort Brasilien, um von dort etwas anderes als Rohstoffe zu exportieren oder eine Wertschöpfungskette aufzubauen.

Auch könnte der Zustrom der ausländischen Konzerne dünner werden, denn den europäischen und amerikanischen Chefs wird es künftig schwererfallen, angesichts der geringen Wachstumsaussichten und des höheren Risikos vor den Verwaltungsräten die Investitionen in Brasilien zu rechtfertigen.

Die Mehrheit der Unternehmer, Investoren und Ökonomen wagt keine Prognose, wie es weitergehen werde mit Brasiliens Wirtschaft. Präsidentin Rousseff hat gute Chancen, wiedergewählt zu werden. Das liegt vor allem an der anhaltend hohen Beschäftigung, den Sozialhilfen und der bisher schwachen Opposition. Ob sie von ihrem interventionistischen Kurs ablässt, der Brasiliens Wirtschaft in den vergangenen Jahren deutlich geschadet hat? Der Zustand der Wirtschaft sei nicht so schlecht wie derzeit dargestellt, sagte kürzlich der ehemalige Zentralbankpräsident und Fondsmanager Armínio Fraga. Es sei vielmehr der Trend, der Sorgen mache.

Unbeirrte Schweizer Annäherungsversuche

tjb. São Paulo · Die Liste der Wirtschaftsvertreter, die Bundesrat Johann Schneider-Ammann vom 2. bis 6. April nach Brasilia und Rio de Janeiro begleiten, ist zwar gewichtig. Doch der Fokus der Reise liegt nicht primär auf der Wirtschaft, wie dies noch bei Schneider-Ammanns letztem Brasilienbesuch vor zweieinhalb Jahren der Fall war. Diesmal reist eine ebenso namhafte Gruppe von Vertretern aus Wissenschaft und Forschung mit dem Bundesrat mit.

Die zaghaften Fortschritte der vergangenen Jahre erklären, weshalb sich der Fokus der bilateralen Beziehungen mit Brasilien zu verschieben beginnt. Während die Schweiz mit China ein Freihandelsabkommen unterzeichnet und ihre Handelsbeziehungen zu zahlreichen Ländern gestärkt hat, denkt Brasilien nicht an einen Abbau der Handelsschranken zwischen beiden Ländern. Das von der Schweiz seit Jahren angestrebte Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Freihandelsassoziation (Efta), der die Schweiz angehört, und dem Integrationsabkommen Mercosur ist in weiter Ferne. Die Efta ist zu uninteressant für den südamerikanischen Koloss, der zudem seinen Markt lieber schützt als öffnet. Sollte Brasilien seine Handelsschranken nach Europa abbauen, wird der Partner nicht Efta, sondern EU

heissen. In Lateinamerika ist Brasilien vor Mexiko und Argentinien zwar der wichtigste Handelspartner der Schweiz. Mit einem Volumen von 3,1 Mrd. Fr. bewegt sich der Handel jedoch auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau. Die Exporte konzentrieren sich auf Produkte der Pharma- und Chemieindustrie, die Importe auf Agrargüter.

Neben dem Freihandel setzt sich die Schweiz seit Jahren vergeblich für ein Doppelbesteuerungsabkommen sowie Investitions- und Patentschutz ein. Die Rechtsunsicherheit ist eines der Hauptprobleme der mehr als 300 Schweizer Unternehmen in Brasilien. Dennoch geht es den meisten davon gut. 200 Mio. Einwohner mit einer steigenden Kaufkraft sorgen beispielsweise bei Nestlé oder Novartis für klingelnde Kassen. Das boomende Agrobusiness hat Brasilien für Syngenta zur Nummer eins gemacht. ABB und Holcim profitieren von milliardenschweren Infrastrukturprojekten, die Zurich Insurance Group und Credit Suisse vom wachsenden Wohlstand. Das sind nur wenige Beispiele.

Hinter den Schweizer Multis hat eine Horde von Schweizer KMU in Brasilien Fuss gefasst. Die Schweizer Investitionen in Brasilien lassen darauf schliessen, dass der Markt bei den Schweizer Unternehmen trotz Dämpfern weiterhin hoch im Kurs steht. Ende 2012 betrug der Bestand der Schweizer Investitionen in Brasilien 22,7 Mrd. Fr., was einem Zuwachs von 83% in den vergangenen fünf Jahren entspricht.

Das Potenzial Brasiliens ist unbestritten. Als Handelspartner gestaltet sich eine weitere Annäherung der Schweiz an Brasilien jedoch schwierig. Es liegt daher nahe, die Türen zum verlockenden Markt mit dem wertvollsten aller Schweizer Exportprodukte zu öffnen: Wissen. 2009 haben der Bundesrat und die brasilianische Regierung ein bilaterales Abkommen über die vertiefte Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technologie unterzeichnet, das seither mehrmals erweitert worden ist. Ein reger Austausch findet bereits statt. Im Rahmen des bilateralen Forschungsprogramms wurden schon 22 Forschungsprojekte finanziert.

Brasilien bietet nicht nur den Schweizer Forschern ein riesiges Labor mit Marktpotenzial, auch die Brasilianer betreiben Spitzenforschung, zum Beispiel in der tropischen Medizin oder in der Bioenergie, die aus Schweizer Sicht interessant sein könnte. Brasilien hat seine Ausgaben für Forschung 2013 auf 32 Mrd. \$ erhöht. In den kommenden Jahren will die Regierung zudem 250 Mio. \$ zur Förderung von Jungunternehmen in die Hand nehmen.